

Februar 2021

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Hälfte hält Corona-Maßnahmen für angemessen, Kritiker aber mit Zulauf	2
Sorgen um Nebenfolgen der Pandemiebekämpfung	3
Impfbereitschaft nimmt zu, aber auch die Kritik an Impftempo.....	4
Rückhalt für Corona-Krisenmanagement und Berliner Regierungsarbeit sinkt.....	6
Politikerzufriedenheit: Verluste für Regierungs- wie Oppositionsspitzen	8
Sonntagsfrage: Union und Linke verlieren, SPD und FDP legen zu.....	9
Finanzierung der Corona-Kosten	11
Studieninformation.....	12

Zusammenfassung

Mit sinkenden Corona-Neuinfektionszahlen wächst in Deutschland die Zahl derer, die die Alltags-einschränkungen als zu weitgehend empfinden. Allerdings hält die Hälfte die Corona-Maßnahmen weiterhin für angemessen, während sie einem weiteren Viertel nicht weit genug gehen. Nach wie vor sind gut vier von zehn Bundesbürgern in Sorge, dass sie selbst oder Angehörige mit dem Corona-Virus infiziert werden könnten. Gut die Hälfte der Deutschen ist über die Ausbreitung neuer Corona-Varianten beunruhigt. Zugleich verlieren die Bundesbürger die Nebenfolgen der Pandemie-Bekämpfung nicht aus dem Blick: Jeweils drei Viertel machen sich große bis sehr große Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands sowie die Entwicklung von Kindern aufgrund beschränkter Betreuungs- und Schulangebote. Kaum weniger als die Hälfte sorgt sich persönlich um zu geringe Sozialkontakte.

Die Rückkehr zu größerer Normalität ist nicht zuletzt an eine erfolgreiche Corona-Impfung der Bevölkerung geknüpft. Sechs von zehn Bundesbürgern und damit mehr als zu Jahresbeginn geben an, sich auf jeden Fall impfen lassen zu wollen. Der gestiegenen Impfbereitschaft steht allerdings eine wachsende Enttäuschung zum Impffortschritt gegenüber: Nach 52 Prozent in der ersten Januarwoche bezeichnen momentan zwei Drittel das Tempo der hiesigen Impfungen als zu langsam. Die gestiegene Kritik am Impftempo bei wachsenden Zweifeln an den Corona-Maßnahmen hat Folgen für die Bewertung des Krisenkurses wie der Berliner Regierungsleistungen insgesamt: Sowohl der Zuspruch zum Krisenmanagement von Bund und Ländern wie auch zur Arbeit der Bundesregierung fällt auf den niedrigsten Stand seit Ausbruch der Pandemie im vergangenen Jahr. Abgesehen von Außenminister Maas verlieren im Monatsverlauf alle Koalitionsspitzen im Urteil der Bevölkerung. Dies trifft weniger deutlich Bundeskanzlerin Merkel, umso stärker dagegen CDU-Wirtschaftsminister Altmaier, SPD-Finanzminister Scholz und CDU-Gesundheitsminister Spahn. Aber auch die Führung der Berliner Oppositionsparteien büßt durchweg Sympathien ein. Armin Laschet legt demgegenüber nach seiner Wahl zum CDU-Parteivorsitzenden zu. Seine Zufriedenheitswerte bleiben aber hinter denen des möglichen Mitbewerbers um die Unions-Kanzlerkandidatur, Markus Söder, zurück. Der bayerische Ministerpräsident überzeugt zudem unverändert mehr Unions-Anhänger als der NRW-Regierungschef.

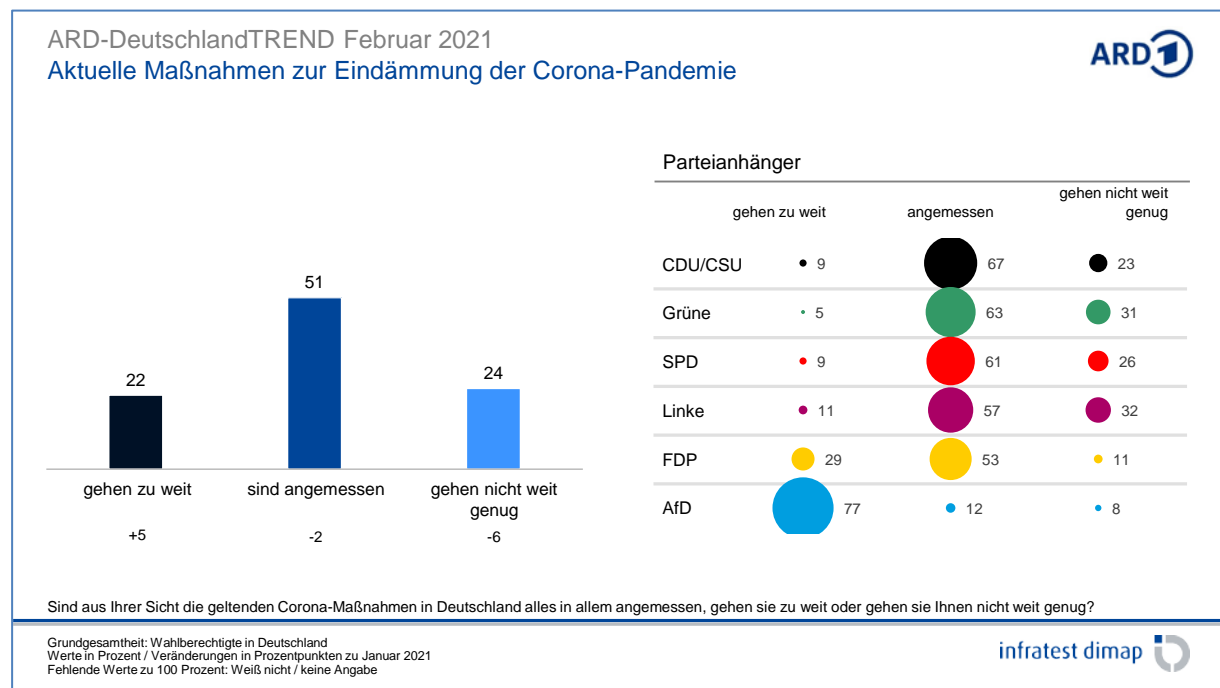
Die rückläufige Bewertung des Corona-Krisenmanagements wie der Berliner Regierungsarbeit schlägt sich nur gedämpft in der bundespolitischen Stimmung nieder. Bei einer Bundestagswahl käme die CDU/CSU aktuell auf 34 Prozent. Dies ist 1 Punkt weniger als vor einem Monat und zugleich der niedrigste Unions-Wert im ARD-DeutschlandTREND seit April letzten Jahres. Die SPD legt im selben Umfang zu und würde aktuell 15 Prozent erzielen. Die Grünen erreichen wie Anfang Januar 21 Prozent, die AfD hätte unverändert 10 Prozent in Aussicht. Die FDP verbessert sich um 1 Punkt auf 8 Prozent, der höchste FDP-Wert seit Ausbruch der Corona-Pandemie. Die Linke wiederum gibt zum Vormonat 1 Punkt ab und käme auf 6 Prozent. Ebenfalls 6 Prozent (+/-0) würden alle übrigen Parteien zusammen erzielen.

Vorstöße zur längeren Aussetzung der Verschuldungsbremse oder zum Verkauf von staatlichen Unternehmensanteilen sind Vorboten einer Diskussion um die Finanzierung der Corona-Kosten. Populär ist in Deutschland weit über das linke Parteienlager hinaus die Erhebung von Steuern auf hohe Vermögen, die sieben von zehn unterstützen, aber für eine Refinanzierung der Corona-Kosten nicht ausreichen würden. Demgegenüber wird eine ertragsreiche Finanzierung von Corona-Kosten über die gesetzlichen Sozialversicherungen und die Anhebung von Beiträgen zur Kranken- und Rentenversicherung nur von jedem Siebten befürwortet. Ebenfalls nur wenig Rückhalt findet mit 29 Prozent die Privatisierung staatlicher Unternehmensanteile. Offener sind die Deutschen gegenüber der

Neuaufnahme von Krediten, die nicht ganz die Hälfte zur Finanzierung der Corona-Kosten befürwortet.

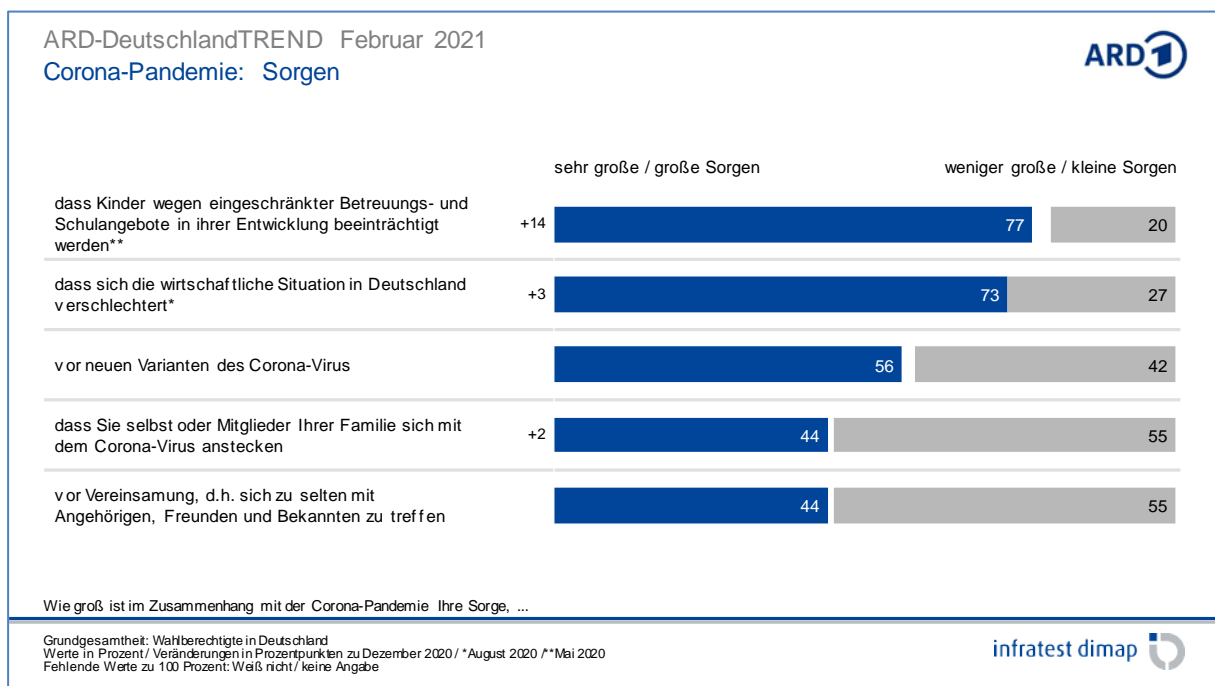
Hälfte hält Corona-Maßnahmen für angemessen, Kritiker aber mit Zulauf

Mit sinkenden Corona-Neuinfektionszahlen wächst in Deutschland die Zahl derer, die die aktuellen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie als zu weitgehend empfinden (22 Prozent; +5). Allerdings hält die Hälfte (51 Prozent; -2) die Alltagseinschränkungen weiterhin für angemessen, während sie einem weiteren Viertel (24 Prozent; -6) nicht weit genug gehen. Widerspruch erfahren die Corona-Maßnahmen vor allem aus dem Lager der AfD (77 Prozent), in sichtbarerem Umfang mittlerweile aber ebenso aus Teilen der FDP-Anhängerschaft (29 Prozent).



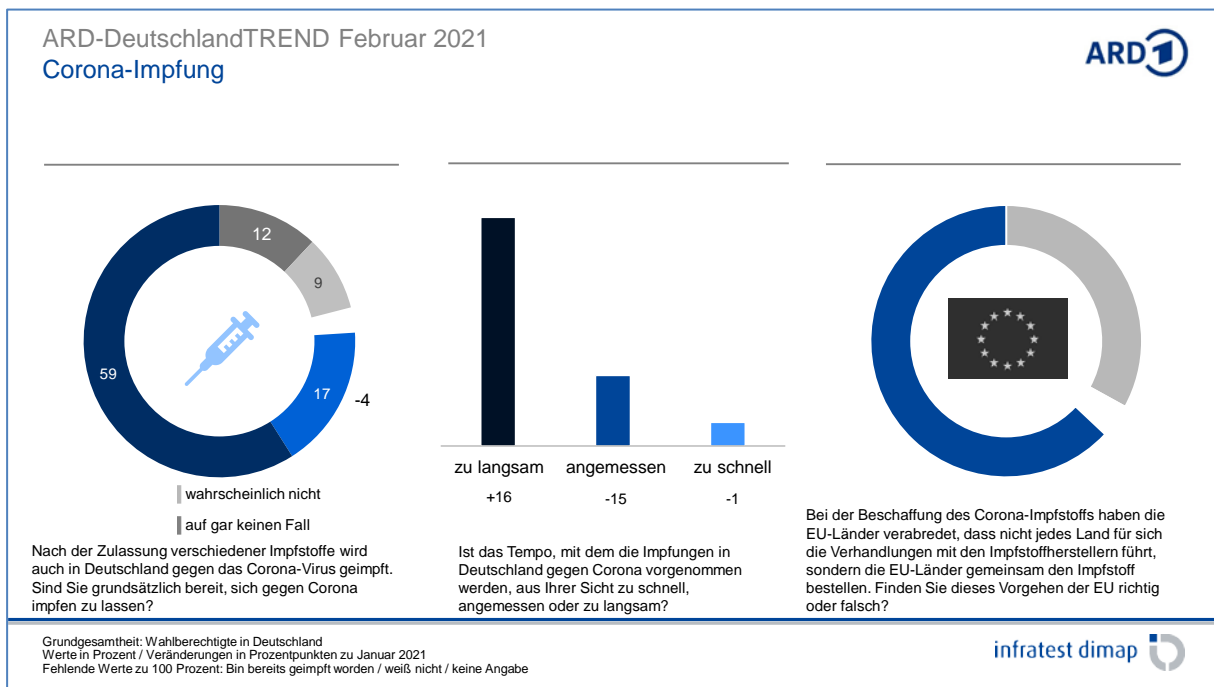
Sorgen um Nebenfolgen der Pandemiebekämpfung

Wenig verändert zu Dezember sind nach wie vor gut vier von zehn Bundesbürgern (44 Prozent; +2) in Sorge, dass sie selbst oder Angehörige mit dem Corona-Virus infiziert werden könnten. Gut die Hälfte der Deutschen (56 Prozent) ist über die Ausbreitung neuer Corona-Varianten beunruhigt. Zugleich verlieren die Bundesbürger die Nebenfolgen der Pandemiebekämpfung nicht aus dem Blick: Wie schon seit Ausbruch der Pandemie sind auch aktuell sieben von zehn (73 Prozent) in großer bis sehr großer Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, darunter besonders viele Anhänger von AfD (88 Prozent) und FDP (80 Prozent). Deutlich gestiegen ist gegenüber dem ersten Lockdown mit 77 Prozent (+14 zu Mai) die Zahl derer, die sich um die Entwicklung von Kindern aufgrund beschränkter Betreuungs- und Schulangebote sorgen. Schließlich sorgt sich momentan kaum weniger als die Hälfte (44 Prozent) um zu geringe Sozialkontakte.



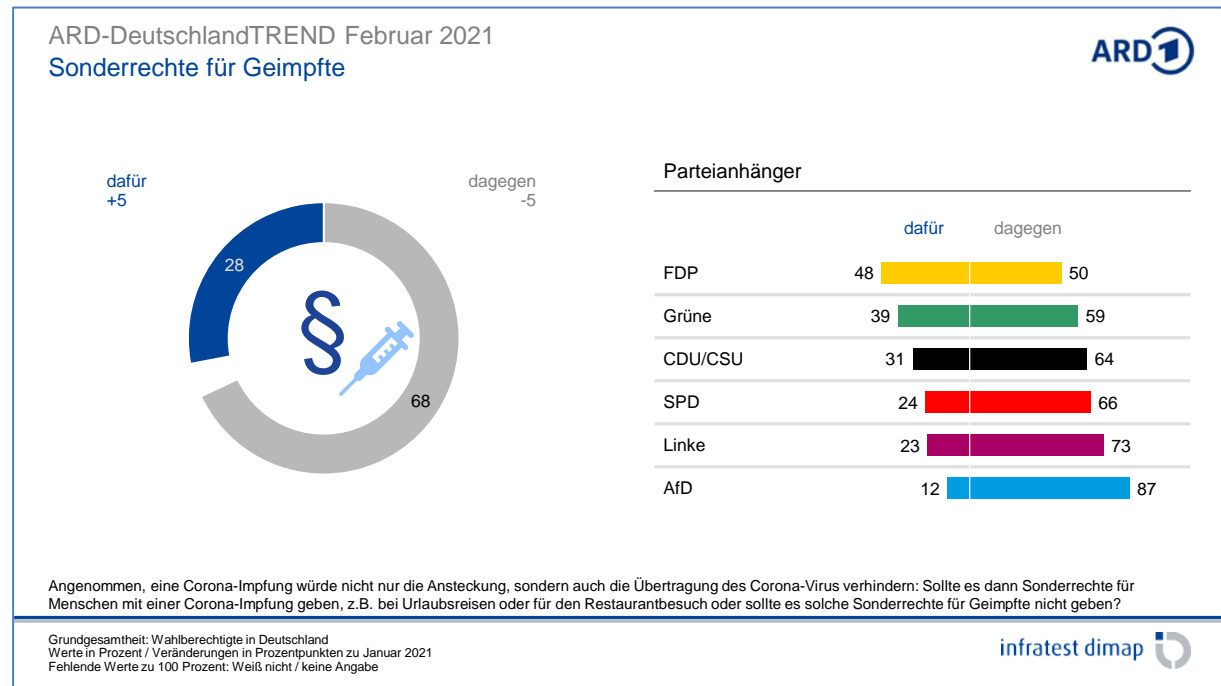
Impfbereitschaft nimmt zu, aber auch die Kritik an Impftempo

Die Rückkehr zu größerer Normalität ist nicht zuletzt an eine erfolgreiche Corona-Impfung der Bevölkerung gebunden. 59 Prozent der Bundesbürger und damit etwas mehr als zu Jahresbeginn geben aktuell an, sich auf jeden Fall impfen lassen zu wollen, wobei nach wie vor jüngere Wahlberechtigte einer Impfung zurückhaltender gegenüberstehen. Der gestiegenen Impfbereitschaft der Deutschen steht allerdings eine gewachsene Enttäuschung zum Impffortschritt gegenüber: Nach 52 Prozent in der ersten Januarwoche bezeichnen aktuell zwei Drittel (68 Prozent) das Tempo der hiesigen Impfungen als zu langsam. Ein Fünftel der Bundesbürger (21 Prozent) empfindet das derzeitige Tempo als angemessen, kaum jemand (7 Prozent) als zu schnell.



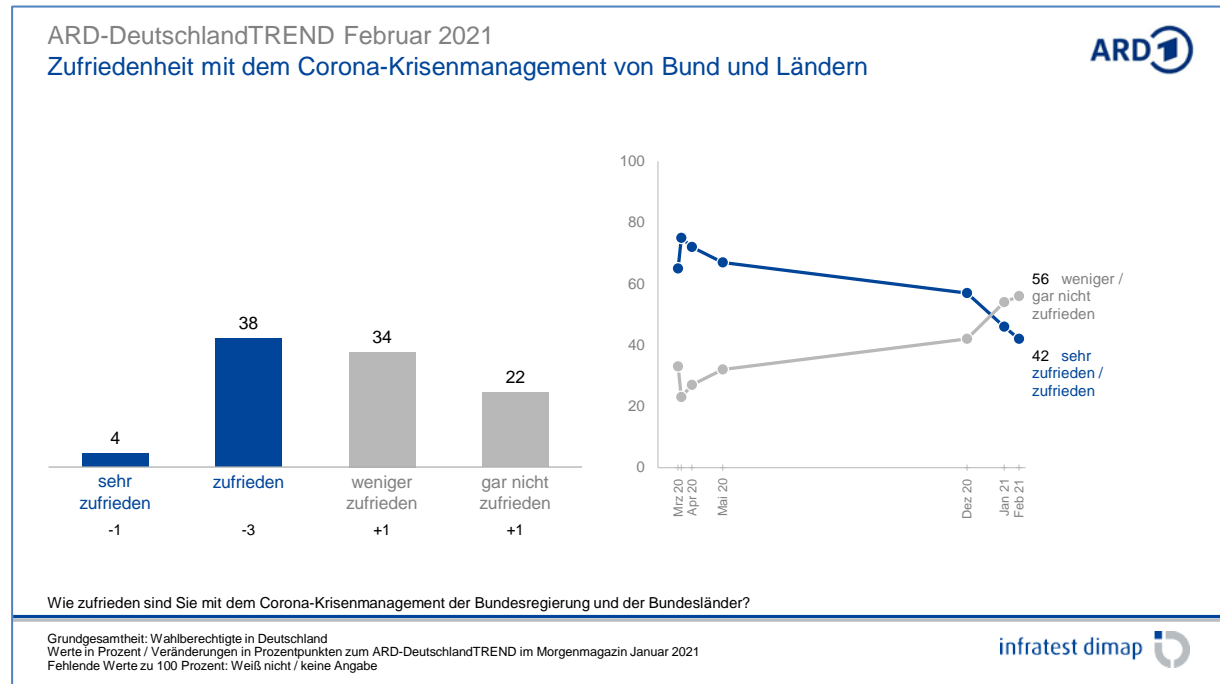
Das EU-abgestimmte Verfahren bei der Impfstoffbeschaffung wird offensichtlich von der Mehrheit nicht mit dem kritisierten Impftempo in Verbindung gebracht. Auch wenn die Zweifel sichtbar gewachsen sind, halten zwei Drittel der Bundesbürger (63 Prozent; -7 zu Januar) das gemeinsame Vorgehen zur Impfstoffbeschaffung nach wie vor für richtig, 33 Prozent (+7) sehen es kritisch.

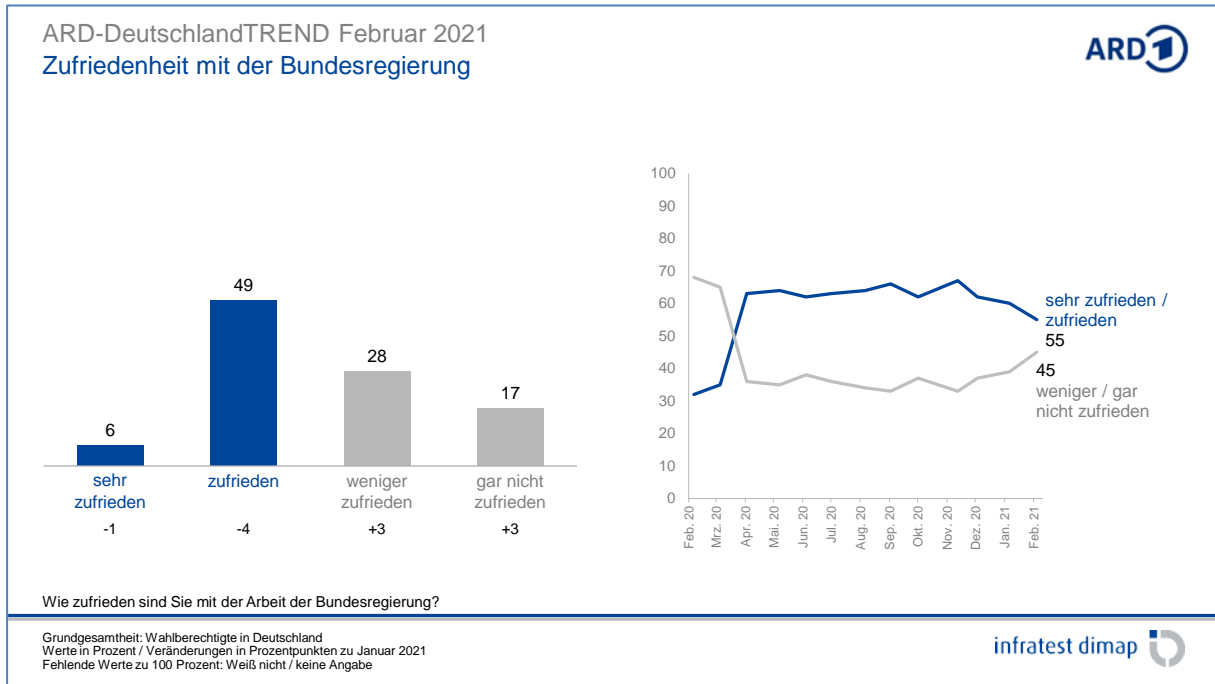
Angesichts der geringen Geschwindigkeit der laufenden Impfungen finden Vorstöße zur Aufhebung von Alltagseinschränkungen für Geimpfte weiterhin keinen mehrheitlichen Zuspruch, gleichwohl die Unterstützung hierfür zuletzt größer geworden ist. Gut zwei Drittel (68 Prozent; -5 zu Januar) sprechen sich zum jetzigen Zeitpunkt gegen eine Rücknahme von Corona-Beschränkungen für Geimpfte, 28 Prozent (+5) dafür aus. Fürsprecher von Sonderregelungen für bereits Geimpfte finden sich vor allem in den Reihen der FDP (48 Prozent).



Rückhalt für Corona-Krisenmanagement und Berliner Regierungsarbeit sinkt

Die gestiegene Kritik am Impftempo bei schleichend wachsenden Zweifeln an den Corona-Maßnahmen hat Folgen für die Bewertung des Corona-Krisenmanagements wie der Berliner Regierungsarbeit insgesamt. 42 Prozent der Deutschen sind aktuell zufrieden mit dem Krisenkurs von Bund und Ländern. Mit 56 Prozent fällt die Kritik so groß aus wie nie zuvor. Allein in den Reihen der Union (66:32 Prozent) und Grünen (58:42 Prozent) überwiegt der Zuspruch zum Corona-Krisenmanagement in Deutschland weiterhin erkennbar.

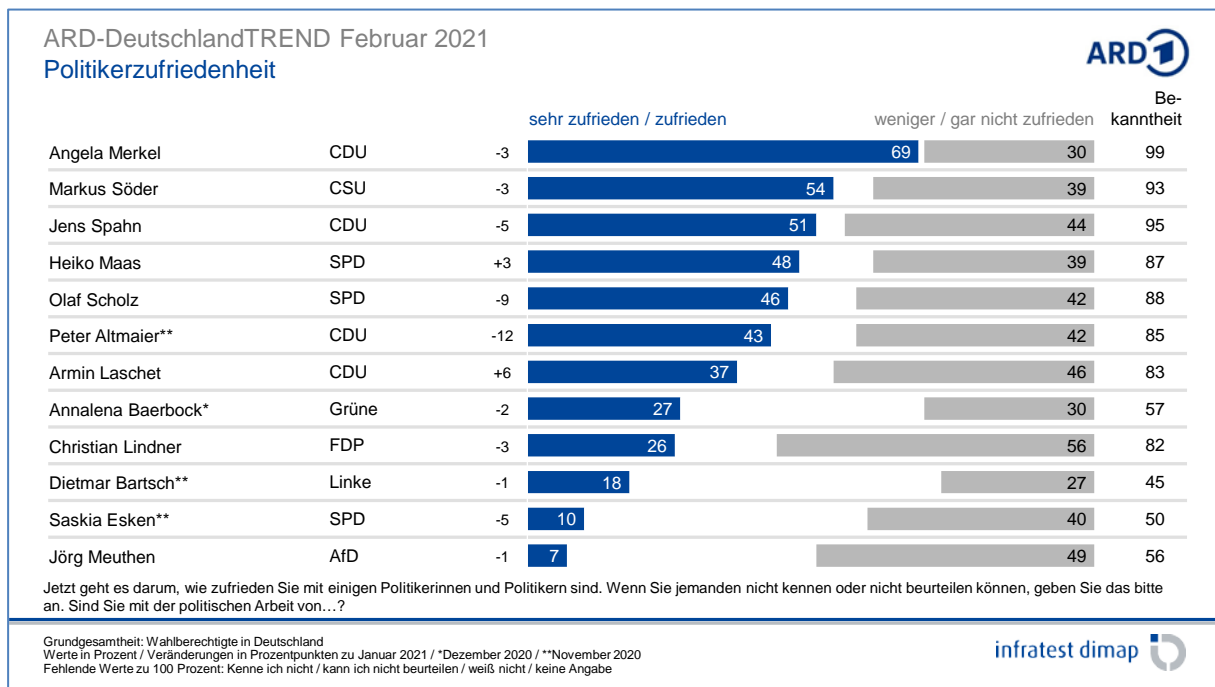




Rückläufig ist zugleich der Zuspruch zu den Regierungsleistungen insgesamt. Nach wie vor überwiegt zwar das positive Urteil. Mit 55 Prozent (-5) fällt die Zufriedenheit mit der schwarz-roten Koalition in der Bevölkerung allerdings auf den niedrigsten Wert seit Ausbruch der Pandemie im letzten Jahr. Ein wohlwollendes Zeugnis stellen der Koalition die Anhänger von Union (83:16 Prozent) und SPD (70:29 Prozent), aber auch der Grünen (70: 30 Prozent) aus. In den Reihen von Linken (43:57 Prozent), FDP (37:63 Prozent), vor allem aber der AfD (2:98 Prozent) überwiegt die Kritik.

Politikerzufriedenheit: Verluste für Regierungs- wie Oppositionsspitzen

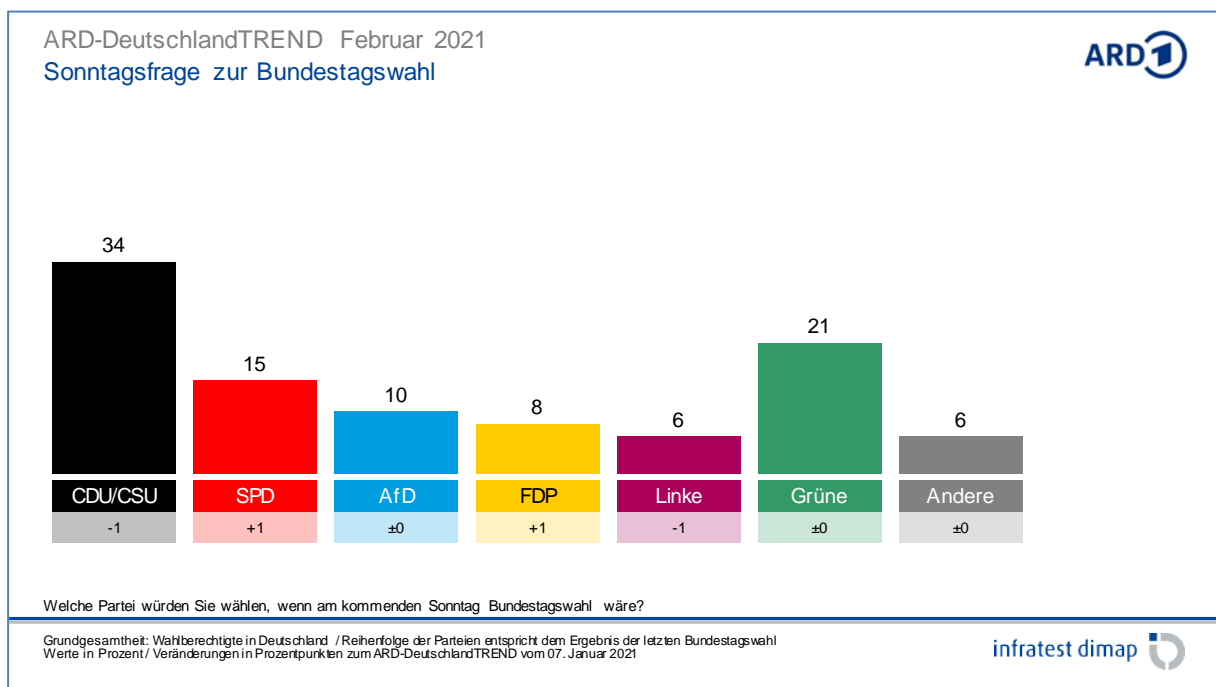
Abgesehen von Außenminister Heiko Maas (48 Prozent; +3) verlieren alle abgefragten Regierungsspitzen im Bevölkerungsurteil. Dies trifft weniger deutlich Bundeskanzlerin Angela Merkel (69 Prozent; -3), umso stärker dagegen CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier (43 Prozent; -12 zu November), SPD-Finanzminister Olaf Scholz (46 Prozent; -9) und CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn (51 Prozent; -5). Aber auch die Führungsriege der Berliner Oppositionsparteien büßt durchweg Sympathien ein.



Armin Laschet kann sich demgegenüber nach seiner Wahl zum CDU-Parteivorsitzenden im ARD-DeutschlandTREND verbessern (+6). Seine Zufriedenheitswerte (37 Prozent) bleiben aber nach wie vor hinter denen des möglichen Mitbewerbers um die Unions-Kanzlerkandidatur zur Bundestagswahl, Markus Söder (54 Prozent; -3), zurück. Der bayerische Ministerpräsident überzeugt zudem unverändert mehr Unions-Anhänger (82 Prozent) als der NRW-Regierungschef (48 Prozent).

Sonntagsfrage: Union und Linke verlieren, SPD und FDP legen zu

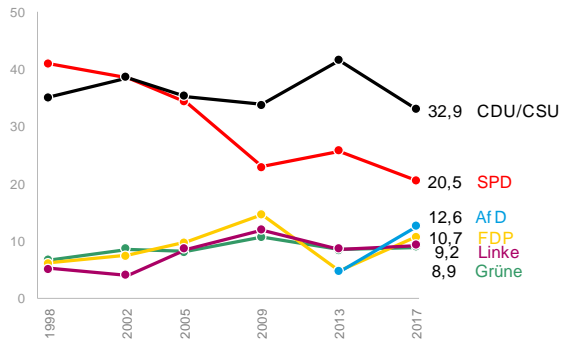
Die rückläufige Bewertung des Corona-Krisenmanagements wie der Berliner Regierungsarbeit schlägt sich nur gedämpft in der bundespolitischen Stimmung nieder. Bei einer Bundestagswahl zum jetzigen Zeitpunkt käme die CDU/CSU auf 34 Prozent. Dies ist 1 Punkt weniger als vor einem Monat und zugleich der niedrigste Unions-Wert im ARD-DeutschlandTREND seit April letzten Jahres (34 Prozent). Die SPD legt dagegen im selben Umfang zu und würde aktuell 15 Prozent erzielen. Die Grünen erreichen wie Anfang Januar 21 Prozent, die AfD hätte unverändert 10 Prozent in Aussicht. Die FDP verbessert sich um 1 Punkt auf 8 Prozent, der höchste FDP-Wert seit Ausbruch der Corona-Pandemie. Die Linke gibt zum Vormonat 1 Punkt ab und käme auf 6 Prozent. Ebenfalls 6 Prozent (+/-0) würden alle übrigen Parteien zusammen erzielen.



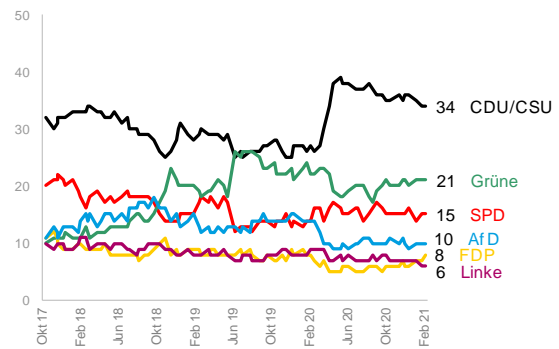
ARD-DeutschlandTREND Februar 2021
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



aktuelle Umfrageergebnisse



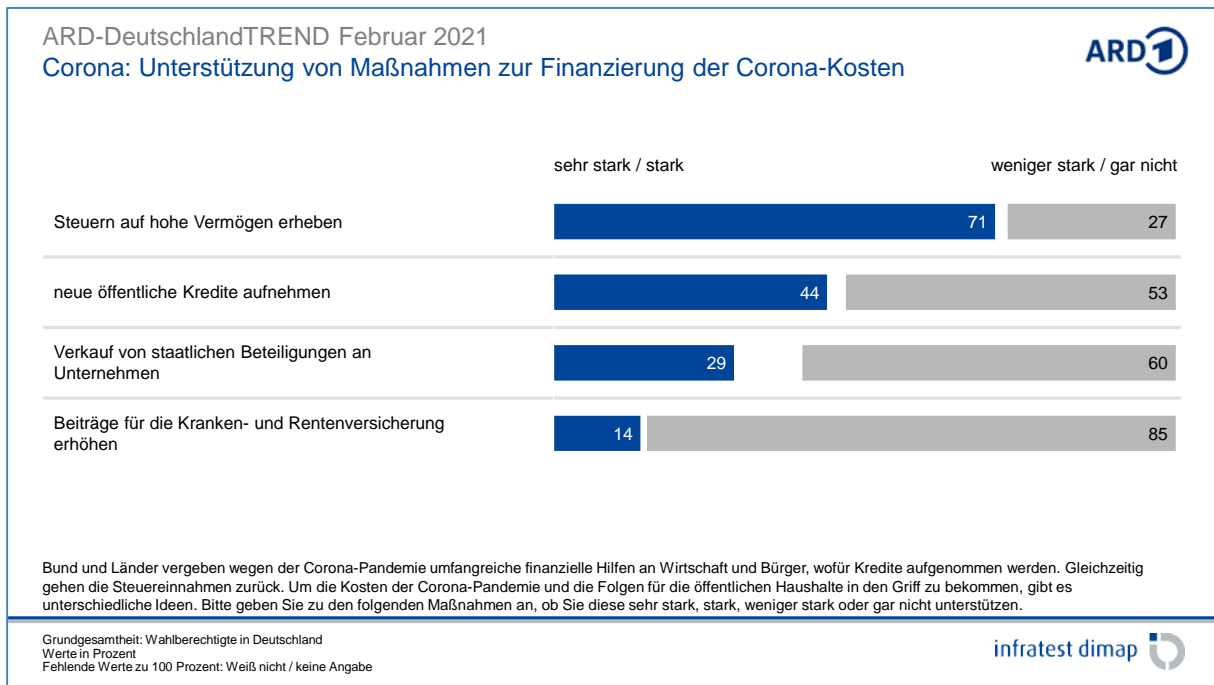
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent

Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Finanzierung der Corona-Kosten

Vorstöße zur längeren Aussetzung der im Grundgesetz verankerten Verschuldungsbremse oder zum Verkauf von staatlichen Unternehmensanteilen sind erste Vorboten einer Diskussion um die Finanzierung der Corona-Kosten. Populär weit über das linke Parteienlager hinaus ist in Deutschland die Erhebung von Steuern auf hohe Vermögen, die sieben von zehn Bundesbürgern (71 Prozent) unterstützen, aber für die Refinanzierung der Corona-Kosten nicht ausreichen würden. Demgegenüber würde eine ertragsreiche Refinanzierung über die gesetzlichen Sozialversicherungen und die Anhebung von Beiträgen zur Kranken- und Rentenversicherung nur von jedem Siebten (14 Prozent) unterstützt. Ebenfalls nur wenig Rückhalt findet mit 29 Prozent die Privatisierung staatlicher Unternehmensanteile. Im Vergleich hierzu sind die Deutschen deutlich offener gegenüber der Neuaufnahme von Krediten, die derzeit fast die Hälfte der Deutschen (44 Prozent) zur Finanzierung der Corona-Kosten befürwortet.



ARD–DeutschlandTREND Februar 2021

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteur	Claudia Müller	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40)	
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.003 Befragte Sonntagsfrage: 1.503 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	01. bis 02. Februar 2021 Sonntagsfrage: 01. bis 03. Februar 2021	
Schwankungsbreite	1.000 Befragte: 1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0